

Chinas Beitrag zur De-Industrialisierung – eine grobe Abschätzung

Jürgen Matthes, 30.06.2026

Zwar lässt sich Chinas Beitrag zur De-Industrialisierung in Deutschland nur schwer beziffern. Die Indizienlage und eine grobe Überschlagsrechnung deuten jedoch stark daraufhin, dass das Gros der De-Industrialisierung seit 2019 auf die – in weiten Teilen unfaire – China-Konkurrenz zurückzuführen sein dürfte.

Im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland sank die Erwerbstätigenzahl zwischen 2019 und 2025 um rund 520.000. Welchen Anteil hat China an dieser deutlichen De-Industrialisierung? Im Folgenden wird dazu eine grobe empirische Abschätzung vorgenommen.

Evidenz zu BIP-Einbußen

Ausgangspunkt sind mehrere Studien. Goldman Sachs (2025) untersucht, wie stark der Konkurrenzdruck Chinas zu Einbußen bei der deutschen Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt – BIP) führt. Die Studie schätzt auf Basis des Zeitraums 2019–2024, dass das reale BIP aufgrund der China-Konkurrenz am Ende der vier Jahre von 2026 bis 2029 um rund 0,9 Prozent geringer ausfallen dürfte. Der größte Teil der BIP-Einbußen resultiert aus Verlusten auf Deutschlands Exportmärkten.

Letzteres passt zu einer Studie der Deutschen Bundesbank (2025). Demnach fiel das reale BIP allein zwischen 2021 und 2024 um rund 2,4 Prozent geringer aus, als es ohne die erheblichen Verluste deutscher globaler Exportmarktanteile in diesem Zeitraum der Fall gewesen

wäre. Dieses Ergebnis bezieht sich nicht auf China, sondern nur auf allgemeine Exportmarktverluste, die sich dadurch ergaben, dass die deutschen Exporte nach etwa 2015 etwas und ab 2021 deutlich langsamer wuchsen als die deutschen Absatzmärkte.

Doch in der Bundesbank-Studie finden sich klare Anhaltspunkte dafür, dass China dabei eine relevante Rolle spielt. So zeigt sie mit Blick auf die wichtigen deutschen Exportmärkte einen klar negativen Zusammenhang zwischen der Größe der deutschen Exportmarktanteilsverluste und der Größe der chinesischen Exportmarktanteilsgewinne im Zeitraum 2019–2023, den es vorher noch nicht gab. Da wo China viel gewinnt, verliert Deutschland viel – und umgekehrt.

Kein breiter Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Zudem führt die Bundesbank den mit Abstand größten Teil der deutschen Exportmarktanteilsverluste (ab 2017 rund drei Viertel, ab 2021 noch mehr) auf eine Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit zurück. Ein genauerer Blick, den die Bundesbank nicht vornimmt, zeigt jedoch: Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich zwischen 2019 und 2025 zwar gegenüber China sehr stark verschlechtert, aber nicht gegenüber den wichtigen deutschen Handelspartnern insgesamt.

- Der von der Bundesbank (unabhängig von der genannten Studie) verwendete Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (gegenüber ausgewählten Industrieländern und auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes) hat sich zwischen 2019 und 2025 nur um 2 Prozent verschlechtert.
- Auf Basis von OECD-Daten sind die relativen Exportpreise Deutschlands bezogen auf die Wettbewerber auf den deutschen Absatzmärkten insgesamt seit 2019 ebenfalls mit 3 Prozent kaum gestiegen. Im Vergleich zu 2020 liegen sie 2025 auf dem gleichen Niveau. Zwar sind die deutschen Exportpreise von (Non-Commodity-Waren) nach 2019 um 19 Prozent gestiegen, die der deutschen Wettbewerber jedoch ebenfalls um rund 15 Prozent. Die relativen Exportpreise Chinas sind aber zwischen 2019 und 2025 um rund 15 Prozent gesunken, seit 2022 sogar um rund 19 Prozent.

Einschlägige Indikatoren zeigen also keine relevante Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Gesamtschau, die auf besondere Schwächen hierzulande in dieser Hinsicht hindeuten würde. Das Wettbewerbsfähigkeitsproblem besteht vielmehr vor allem gegenüber China.

Ursache dafür ist in erster Linie eine ungewöhnlich große Veränderung der relativen Erzeugerpreise zwischen China auf der einen Seite und vielen westlichen Industrieländern auf der anderen Seite (Matthes et al., 2026). In letzteren kam es im Zeitraum 2021 bis 2022 vor allem durch die Lieferkettenengpässe und in Europa durch die Energiekrise zu einem sehr starken Anstieg der heimischen industriellen Erzeugerpreise, in China war das dagegen kaum der Fall. Zudem hat der Yuan gegenüber dem Euro in dieser Zeit leicht abgewertet. Deutsche Industrieprodukte sind damit (in einheitlicher Währung) gegenüber chinesischen Industriewaren im Zeitraum zwischen Anfang 2020 und Anfang 2026 um rund 40 Prozent teurer geworden. Dieser relative Erzeugerpreisanstieg gegenüber China ist ähnlich hoch für Industrieprodukte aus dem Euroraum und für die EU-Länder ohne Euro sogar meist noch deutlich höher. In den USA und dem Vereinigten Königreich ist der relative Erzeugerpreisanstieg gegenüber China mit rund einem Drittel nur wenig geringer, was relativ zu Deutschland einem nur um rund 5 bis 6 Prozent geringeren Anstieg entspricht. Bei den USA ist der Unterschied zudem weitgehend währungsbedingt. Damit teilen Deutschland

und seine wichtigsten Handelspartner das gleiche Schicksal mit Blick auf China, weshalb sich Deutschlands preisliche Wettbewerbsfähigkeit insgesamt kaum verschlechtert hat.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Blick auf Deutschlands Warenhandelsbilanzüberschuss gemäß Außenhandelsstatistik, der im Jahr 2025 202 Milliarden Euro betrug. Damit liegt er zwar deutlich niedriger als im Durchschnitt der Jahre 2016–2019 mit 237 Milliarden Euro. Doch rechnet man das (stark gestiegene) Handelsbilanzdefizit mit China heraus, so betrug der Warenhandelsüberschuss mit der übrigen Welt (ohne China) zuletzt 292 Milliarden Euro. Er lag damit sogar höher als im Durchschnitt 2016–2019 mit 253 Milliarden Euro. Dies deutet ebenfalls nicht auf nennenswerte Verluste an deutscher Wettbewerbsfähigkeit hin.

Unfaire Wettbewerbsverzerrungen

Dass der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China so stark ist, liegt vor allem daran, dass die chinesische Währung nicht deutlich aufgewertet hat, obwohl die relativen Erzeugerpreise sich so stark verschoben haben und parallel dazu das Handelsbilanzdefizit des Euroraums gegenüber China stark gestiegen ist. Auch generell gilt die chinesische Währung bis zu 30 Prozent unterbewertet, was einen Aufwertungsbedarf von über 40 Prozent impliziert (Matthes et al., 2026). Weil die Yuan-Unterbewertung weltweit relevant ist, dürfte sie die starken Marktanteilsgewinne Chinas zulasten (auch) der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren maßgeblich begünstigt haben.

Zu den deutschen Exportmarktanteilsverlusten tragen zudem immense Industriesubventionen in China bei, die sehr viel höher sind als in Europa (OECD, 2026). Gemäß dieser Studie gehen rund 60 Prozent der globalen Marktanteilsgewinne Chinas im Zeitraum 2005 bis 2023 auf die von der OECD erfassten Subventionen zurück.

Der durch Wettbewerbsverzerrungen erklärbare Anteil dürfte noch deutlich größer als 60 Prozent sein, da die OECD nicht alle Subventionen in China erfasst und zudem die starke Yuan-Unterbewertung nicht berücksichtigt. Nimmt man dies alles zusammen, bleibt offenbar nicht allzu viel an fairen Erklärungsanteilen für Chinas Weltmarkterfolg der letzten zwei Dekaden.

China-bezogene Industriejobverluste

Auf Basis dieser Indizien lassen sich die China-bezogenen Arbeitsplatzverluste in der Industrie grob abschätzen. Ein Ausgangspunkt ist dabei die Schätzung einer BIP-Einbuße von 0,9 Prozent von Goldman Sachs für den Vierjahreszeitraum 2026–2029, die auf der Erfahrung der letzten Jahre beruht. Der Betrachtungszeitraum 2019 bis 2025 umfasst jedoch nicht vier, sondern sechs Jahre, also das 1,5-Fache. Unter Annahme von Proportionalität wird davon ausgegangen, dass es im Zeitraum 2019 bis 2025 durch die China-Konkurrenz zu einem BIP-Verlust von 1,35 Prozent ($0,9 \cdot 1,5$) kam.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man von der BIP-Einbuße von 2,4 Prozent im Zeitraum 2021 bis 2024 ausgeht, die die Bundesbank als Folge der deutschen Exportmarktanteilsverluste schätzt. Der OECD-Exportperformance-Indikator basiert ebenfalls auf der Relation zwischen der Entwicklung der deutschen Exporte von Waren und Dienstleistungen und der Entwicklung der deutschen Absatzmärkte. Im Zeitraum 2019 bis 2025 sind die Einbußen der deutschen Exportperformance um das 1,8-Fache größer als im Zeitraum 2021 bis 2024. Bei proportionaler Erhöhung würde die damit verbundene BIP-Einbuße 4,3 Prozent ($2,4 \cdot 1,8$) betragen.

Ein relevanter Anteil davon dürfte auf China zurückzuführen sein. Dafür spricht die Argumentation der Bundesbank zur zentralen Relevanz der Wettbewerbsfähigkeit für die Exportmarktanteilsverluste und die aufgezeigte Evidenz, dass ein Wettbewerbsfähigkeitsverlust Deutschlands gegenüber den großen Handelspartnern nur bei China in relevantem Ausmaß zu konstatieren ist.

Einen Anhaltspunkt liefert eine Studie von Chowdhry et al. (2026), die sich allerdings nur auf den globalen Warenhandel und einen anderen Zeitraum bezieht. Sie ermittelt, dass ein Anteil von 31 Prozent der deutschen Exportmarktanteilsverluste zwischen Anfang der 2010er Jahre und Anfang der 2020er Jahre auf Chinas Marktanteilsgewinne zurückgeht. Zeitlich ist hier nur ein Teil der Problemphase nach 2021 abgedeckt, zudem erscheint diese Anteilsschätzung aus methodischen Gründen zu gering zu sein. Unterstellt man gleichwohl sehr konservativ einen Anteil von rund einem Drittel bezogen auf die BIP-Einbuße von 4,3 Prozent, resultiert eine China-bezogene BIP-Einbuße von 1,43 Prozent.

Im Folgenden wird daher die Annahme gesetzt, dass die China-bezogene BIP-Einbuße im Zeitraum 2019 bis 2025 1,4 Prozent beträgt. Daraus lassen sich die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste in der Industrie grob überschlagen. Dazu wird angenommen, dass die Wertschöpfungsverluste zu 80 Prozent in der Industrie anfallen, die der Hauptträger der deutschen Exporte ist. Bei einem nominalen Wertschöpfungsanteil von 21,6 Prozent des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2019 impliziert das einen Wertschöpfungsrückgang von 5,2 Prozent in der Industrie. Es wird ferner unterstellt, dass die Erwerbstätigkeit in der Industrie um diesen Prozentsatz abnimmt, da sich die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in diesem Sektor im Betrachtungszeitraum mit gut 2 Prozent nur wenig verändert hat. Bei 7,77 Millionen Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2019 ergibt ein 5,2-prozentiger Rückgang einen China-bezogenen Verlust von rund 400.000 Arbeitsplätzen.

Genau lässt sich der China-bedingte Industriebeschäftigungsverlust kaum ermitteln. Die hier vorgenommene grobe und auf plausiblen Annahmen basierte Schätzung ermöglicht jedoch eine qualitative Schlussfolgerung: Das Gros der industriellen Arbeitsplatzverluste in Deutschland seit 2019 dürfte auf die China-Konkurrenz zurückzuführen sein, die wie aufgezeigt in weiten Teilen auf Wettbewerbsverzerrungen beruht.

Literatur

Deutsche Bundesbank, 2025, Was steckt hinter dem mehrjährigen Rückgang der deutschen Exportmarktanteile?, in: Monatsbericht Juli, Frankfurt a. M.,

Chowdhry, Sonali / Erhardt, Katharina / Hin, Julian, 2026, Competing with China in third markets, Kiel Institute for the World Economy, Policy Brief, Nr. 213, Kiel

Goldman Sachs, 2025, The Shadow of the Dragon: China's Export Surge and Euro Area Growth Headwinds, Frankfurt (nicht öffentlich zugänglich)

Matthes, Jürgen / Kunath, Gero / Sultan, Samina, 2026, Globale Ungleichgewichte – Wo liegen die größten Anpassungslasten?, Gutachten gefördert vom Auswärtigen Amt, IW-Report, Nr. 28, Köln

OECD, 2026, OECD MAGIC Database of Industrial Subsidies, Paris